Nr. 17. Sonntag, den 21. Januar 1917. 31. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Bezugspreis: durch die Post ohne Bringegeld monatlich ℳ 1,50, vierteljährlich ℳ 4,50, durch die Austräger wöchentlich 35 ₰ frei ins Haus. Einzelnummer in der Expedition und den Filialen 6 ₰, bei den Straßenhändlern 10 ₰, Sonntagsnummer mit „Neue Welt“ 10 ₰. Kreuzbandsendungen monatlich ℳ 2,70, für das Ausland monatlich ℳ 4,—.

Redaktion: Fehlandstraße 11. 1. Stock. Hamburg 36. Expedition: Fehlandstraße 11. Erdgeschoß.
Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersson in Hamburg.

Anzeigen die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 45 ₰. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 25 ₰. Anzeigen-Annahme Fehlandstr. 11, Erdgeschoß (bis 4 Uhr nachmittags), in den Filialen (bis 3 Uhr), sowie in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen. Buchhandlung: Erdgeschoß. Buchdruckerei-Kontor: 1. Stock. Fehlandstr. 11.

Filialen: St. Pauli, ohne Amandastraße, bei Franz Würzberger, Annenstr. 17. Eimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Fruchtallee 42. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Meldorferstr. 8. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Heinrich Hertzstr. 145. Nord-Barmbeck bei Robert Birr, Poppenhusenstr. 13. Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn, Schiffbeck und Billwärder bei Carl Ortel, Baustr. 26. Hammerbrook bis Ausschläger Billdeich bei Rud. Fuhrmann, Süderkaistr. 18. Rotenburgsort und Veddel bei Fr. Hübener, Billh. Röhrendamm 213a, Hchpt. Wilhelmsburg bei H. Oellerich, Fährstr. 59, I. Gilbeck, Wandsbeck, Hinschenfelde und Ost-Barmbeck bei Franz Krüger, Kurze Reihe 34. Altona bei Friedr. Ludwig, Bürgerstr. 22. Ottensen, Bahrenfeld bei Franz Rose, Friedensallee 46.

Noch eine Fraktionsspaltung.

In der Freitagssitzung des preußischen Abgeordnetenhauses spielte sich eine Szene ab, die den Beweis liefert, daß die sogenannte Parteiopposition jede Rücksicht beiseite setzt und die einfachsten Grundsätze der Disziplin verletzt, wenn sie eine Gelegenheit entdeckt, gegen Vertreter der Anschauungen der Mehrheit einen Streich zu führen. Was sich am 24. März 1916 im Reichstag zutrug, das wiederholte sich jetzt in womöglich noch schlimmerer Form im Abgeordnetenhaus. Wie mögen sich die Heydebrand und Pappenheim die Hände gerieben haben, als vor ihren Augen die Spaltung der kleinen sozialdemokratischen Fraktion sich vollzog! Dazu noch in einer Weise, die, wäre sie darauf berechnet gewesen, gar nicht besser hätte ausgeklügelt werden können, um den Gegnern der Sozialdemokratie das höchste Gaudium zu bereiten.

Seit dem Ausscheiden Liebknechts zählt die sozialdemokratische Landtagsfraktion neun Mitglieder. In der Fraktion war nun, wie es allgemeiner Brauch ist, darüber Beschluß gefaßt worden, wer zum Budget zu sprechen habe. Mit fünf gegen vier Stimmen (diese entfielen auf Ströbel) wurde Hirsch mit der Aufgabe betraut. Kaum hatte Hirsch seine Rede beendet, als auch schon Adolf Hoffmann das Wort zur Geschäftsordnung verlangte und namens seiner Freunde Paul Hoffmann, Ströbel und Hofer erklärte, daß sie mit dem, was Hirsch über die Friedensfrage, den U-Bootkrieg und die Leistungen der Gewerkschaften bei der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes gesagt hatte, nicht einverstanden seien. An diese Erklärung schloß sich eine längere Auseinandersetzung zwischen Mehrheit und Minderheit der Fraktion, an der die anderen Parteien sicherlich große Freude gehabt haben.

Nach der Landtagssitzung trat die Fraktion sofort zusammen und faßte folgenden Beschluß:

„Genosse Adolf Hoffmann hat bei der Generaldebatte über den Etat entgegen dem Beschluß der Fraktion namens der Genossen Paul Hoffmann, Hofer, Ströbel und Adolf Hoffmann das Wort ergriffen, um die Rede des von der Fraktion bestimmten Redners in offener Parlamentssitzung zu bekämpfen. Mit diesem gegen die elementarsten Grundregeln parteigenössischen Zusammenarbeitens im Parlament verstoßenden Vorgehen haben die genannten Genossen sich von der sozialdemokratischen Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses getrennt und die aus der Fraktionszugehörigkeit sich ergebenden Rechte verwirkt.“

Ferner haben die Abgeordneten Adolf Hoffmann, Paul Hoffmann, Ströbel und Hofer dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses mitgeteilt, daß sie aus der sozialdemokratischen Fraktion ausgeschieden sind und eine neue Fraktion mit der Bezeichnung: „Sozialdemokratische Fraktion alter Richtung“ gebildet haben.

Der Name der neuen Fraktion ist sehr unglücklich gewählt, denn zur alten Richtung der Sozialdemokratie gehört vor allem die strenge Beachtung der Disziplin. Wir hoffen, daß noch eine Umtaufe der neuen Fraktion stattfinden wird und schlagen als unterscheidende Bezeichnung vor: „alten Stils“. Nämlich nach Analogie des Kalenders! Die Russen, die dreizehn Tage hinter der Zeitrechnung zurück sind, haben den julianischen Kalender „alten Stils“. Daß er mit der wirklichen Zeit nicht in Uebereinstimmung ist, daß er sich immer mehr von ihr entfernt, kommt für sie nicht in Betracht; sie sind nun einmal keine „Umlerner“, die den Tatsachen Aufmerksamkeit schenken und das Wirkliche beachten, sondern sie halten an dem fest, was zu Julius Cäsars Zeiten richtig schien.

Natürlich wird die neue Fraktion sich über Vergewaltigung beschweren und den Fraktionszwang als so unerträglich bezeichnen, daß sie ihn brechen mußte. Dem kann im voraus entgegengetreten werden, und zwar mit dem einfachen Hinweis auf die Praxis zu jener Zeit, als die Mehrheit bei denen um Adolf Hoffmann lag. Wie dies Verhältnis zustande kam, braucht einstweilen nicht erörtert zu werden. Genug: es wurde dazu benützt, alle eigentlich politischen Reden durch Fraktionsbeschluß Mitgliedern der damaligen Mehrheit zu übertragen und Mitglieder der Minderheit nur zu Spezialfragen reden zu lassen, die besondere fachliche Kenntnis erforderten, die sich gerade bei den Minderheitsmännern fanden. Die damalige Minderheit hat sich gefügt und es namentlich vermieden, eine Szene in der Kammersitzung hervorzurufen, obgleich die Ausführungen einzelner Mehrheitsredner eine starke Versuchung abgaben. Braun, Hänisch, Hus und Leinert haben strenge Disziplin geübt, als sie in der Minderheit waren; sie konnten erwarten, daß dieselbe Anerkennung des Mehrheitsprinzips gegebenenfalls auch von der anderen Seite erfolge. Darin haben sie sich, wie der Verlauf der Freitagssitzung des Abgeordnetenhauses zeigt, sehr getauscht.

Gerade durch diese Verschiedenheit im Verhalten der beiden Teile wird aber ein scharfes Licht auf die ganzen Parteiwirren geworfen. Wir sehen, daß die Parteiopposition dort, wo sie in der Mehrheit ist, die schweigende Zurückhaltung der Minderheit verlangt, daß sie aber sofort das Mehrheitsprinzip über Bord wirft, wenn sie selbst in die Minderheit kommt. Ja, dies Verhalten ist einer der wesentlichsten Züge der Taktik der Opposition! Beispielsweise in der Groß-Berliner Organisation sind die Anhänger der Parteimehrheit in gar nicht geringer Zahl vorhanden und in einzelnen Lokalvereinen haben sie, wie sich verschiedentlich zeigte, das Uebergewicht. Aber in den Vertretungskörperschaften der gesamten Groß-Berliner Organisation haben zusammen die verschiedenen Oppositionsrichtungen die Mehrheit und sie verlangen von den Andersdenkenden die strenge Beachtung der Beschlüsse, sogar den Boykott des eigenen Parteiorgans, des „Vorwärts“. Wo dagegen, wie glücklicherweise in den meisten Parteiorten, die Opposition sich in der Minderheit befindet, läßt sie die Beschlüsse außer acht oder handelt direkt dagegen, sobald sie das für zweckdienlich hält.

Auch noch in anderer Beziehung waren die Auseinandersetzungen im Landtag typisch. In seiner Rede hatte Hirsch u. a. auf das Hilfsdienstgesetz hingewiesen und dann gesagt, was die Gwerkschaften bei dessen Durchführung (und auch auf anderen Gebieten) getan, sei mit goldenen Lettern in das Buch der Geschichte eingetragen. Dagegen protestierte Adolf Hoffmann, zunächst vielleicht aus einem Mißverständnis der Worte Hirsch' heraus. Dieser stellte nun fest, was er tatsächlich gesagt hatte. Damit hätte diese Szene zu Ende sein müssen; höchstens daß nach gewissen im menschlichen Verkehr üblichen Regeln Hoffmann das Mißverstehen hätte zugeben und seinen Protest zurücknehmen sollen. Doch nichts davon! Im Gegenteil führte Hoffmann nun aus: „Im übrigen hat Herr Hirsch nur bestätigt, was ich festgenagelt habe. Er hat die Durchführung des Hilfsdienstgesetzes mit Hilfe der Gewerkschaften eine Handlung genannt, die mit goldenen Lettern eingetragen werden müsse. Wir sind der Meinung: es ist eine Schande ...“ Hoffmann legt also die Worte eines Redners nicht so aus, wie sie dieser äußert und ausgelegt wissen will, sondern so, wie Hoffmann sie für sich braucht. Hirsch wußte sehr wohl, was zu erwarten steht, denn er erklärte: „Ich hielt es für notwendig, den Ausführungen des Abgeordneten Hoffmann sofort entgegenzutreten, weil ich genau weiß, daß vielleicht schon in den allernächsten Tagen in irgendwelchen anonymen Flugblättern oder Zeitungsartikeln meine Rede entstellt wiedergegeben wird.“ Trotz dieser Vorhersage werden die Flugblätter nicht ausbleiben, Flugblätter, wie wir sie schon oft hatten, für die sich niemand als verantwortlich bekennt, die aber von der Opposition bisher nicht abgeschüttelt worden sind!

Dann noch die Berufung auf die Wähler, die Drohung mit den nächsten Wahlen! Auch das deckt sich mit der bisher bei der Opposition üblichen Methode, die Wähler gegen die Abgeordneten, die „Masse“ gegen die „Führer“ auszuspielen. Wie sich unter dem für den preußischen Landtag immer noch geltenden Dreiklassensystem mit Wahlmännern die nächsten Wahlen für die Sozialdemokratie gestalten werden, das kann niemand voraussehen. Es handelt sich ja bei diesem Wahlsystem gar nicht einmal darum, wie die Anschauung der Mehrheit der Wähler ist, sondern vielmehr darum, ob und wie die Steuerleistungen sich verschoben haben, welche Grenze die dritte Klasse von der zweiten scheidet usw. Unter solchen Umständen den Ausfall einer preußischen Landtagswahl als Spruch eines Volksgerichts darzustellen, das ist auch etwas, was unserer Parteiopposition vorbehalten geblieben ist, gerade ihr! Wir vermuten, Heydebrand und Genossen werden sich diese Ausführungen besonders genau gemerkt haben, und wir werden zur gegebenen Zeit wieder davon hören. Wahrscheinlich sind sich aber die Oppositionsleute dieser Seite ihrer Bemerkungen gar nicht bewußt gewesen und haben ohne Nachdenken die Sätze, mit denen sonst in bezug auf Reichstagsabgeordnete und ihre Wähler operiert wird, wiederholt. Doch auch da sind solche Prophezeiungen mindestens gewagt. Wir meinen, die wundersame „Kraftprobe“ in Köln hätte eine Lehre sein sollen. Da hat es die Opposition in der Parteiversammlung, die den Kandidaten aufstellte, auf 72 Stimmen gebracht, eine nicht unbeträchtliche Zahl verglichen mit der der Versammlungsteilnehmer. Bei der Wahl selbst fielen aber auf den Oppositionskandidaten nur 18 Stimmen. Wie erklärt sich das? Waren nur 18 von den 72 wahlberechtigt, oder hielten 54 das ganze „Prinzip“ nicht so viel wert, darum eine Arbeitsstunde zu versäumen? Oder was lag sonst vor? Das Kölner „Volksgericht“ könnte vielleicht lehrreich sein für jene Oppositionsmänner, die lernen wollen — und auch für einige preußische Landtagsabgeordnete.

Aber Hirsch hat ja auf die Drohungen die richtigste Antwort gegeben in dem Rückertschen Spruch:

Der eine fragt, was kommt danach?
Der andere, tu' ich recht?
Und dadurch unterscheidet sich
Der Freie von dem Knecht!

Berichtigung.

Am Schlusse des Leitartikels in voriger Nummer muß es in der fünfzehnten Zeile von unten statt „Revolutionen“ natürlich „Resolutionen“ heißen. Dem aufmerksamen Leser wird sofort klar geworden sein, daß es sich um einen Korrekturfehler handelt.

Rumänische Angriffe abgewiesen.
Der Ort Nanesti am Sereth gestürmt.

Amtlich. WTB. Großes Hauptquartier, 20. Januar 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Wytschaete und westlich La Bassée wurden heute Nacht angreifende englische Patrouillen abgewiesen.

Zwischen Doller und Rhein-Rhone-Kanal angesetzte Erkundungsunternehmungen sind von württembergischen Truppen erfolgreich durchgeführt.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Keine besonderen Ereignisse.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph.

In den Ostkarpathen nordöstlich Belbor griffen mehrfach kleinere russische Abteilungen unsere Stellungen erfolglos an. An einer Stelle überraschend eingedrungener Feind wurde im Handgemenge zurückgeworfen.

Nördlich des Susita-Tals erneuerten die Rumänen an denselben Stellen wie tags zuvor ihre verzweifelten Angriffe. Fünfmal wurden sie nach schwerem Kampf blutig abgewiesen. Außer mehreren hundert Toten, die vor unsern Stellungen liegen, verlor der Angreifer 400 Gefangene.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Starkes Schneetreiben und schlechte Beleuchtung behindern die Tätigkeit unserer Artillerie. Trotzdem wurde der am Sereth gelegene Ort Nanesti von deutschen Truppen gestern im Sturm genommen.

Mazedonische Front.

Tag und Nacht verliefen ruhig.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Oesterreichisch-ungarischer Kriegsbericht.

WTB. Wien, 20. Januar. Amtlich.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Der Ort Nanesti, westlich von Nomoloasa, ist durch deutsche Regimenter erstürmt worden.

Heeresfront des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Nördlich des Susita-Tales fandten auch gestern die Russen und Rumänen ihre Truppen zu Angriffen vor. Alle fünf Anstürme scheiterten, wobei der Feind außer schweren blutigen Verlusten 400 Gefangene einbüßte. Nordöstlich von Belbor wurden russische Erkundungstrupps abgewiesen. Bei Valeputna unternahmen unsere Aufklärungsabteilungen einen Ueberfall auf die feindliche Feldwache.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Nichts zu melden.

Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine Aenderung.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Neue Gewaltstreiche gegen Griechenland.

Nach einer „Secolo“-Meldung aus Athen beabsichtigt die englische Regierung, die gesamte griechische Handelsflotte gegen Pachtzahlung zu requirieren. Die griechische Regierung sei darüber beunruhigt und beanspruche für die Versorgung des Landes mit Lebensmitteln eine genügende Anzahl von Schiffen zur eigenen Verfügung.

Der Kreuzerkrieg mit U-Booten.

„Progrès de Lyon“ meldet aus Madrid: 28 Matrosen des versenkten französischen Dampfers „Sidney“ landeten bei Cap Finisterre. Der Kapitän und die beiden Artilleristen des Dampfers wurden an Bord des Unterseebootes genommen.

„Nouvelliste de Lyon“ meldet aus Hortea auf den Azoren: Der amerikanische Dampfer „Borinquen“ landete 27 Matrosen des versenkten norwegischen Dampfers „Bergenhus“ (3600 Br.-Reg.-To.).

Lloyds meldet: Der spanische Dampfer „Ville“ wurde versenkt.

Nach einer Meldung des „New York Herald“ hielt ein deutsches Schiff den für die belgische Hilfstätigkeit gemieteten amerikanischen Dampfer „Samland“ an, der seine Fahrt fortsetzen durfte.

Aus Rotterdam wird berichtet: Hier kamen gestern zwei Kapitäne und 33 Mann der dänischen Dampfer „Gerda“ und „Chasstemaarsk“, die Mitte Dezember bei Kap Finisterre von einem deutschen U-Boot versenkt wurden, an. Am 16. Dezember wurde die „Gerda“ von einem deutschen U-Boot ohne Nummer angehalten. Das Schiff erhielt eine aus sieben Köpfen bestehende Prisenbesatzung und wurde darauf als Rettungsschiff benutzt. Am selben Tage wurde „Chassiemaarsk“ angehalten und versenkt. Die Besatzung von 19 Mann wurde auf die „Gerda“ gebracht. Dann ging das U-Boot auf die Jagd nach anderen Schiffen. Das nächste Opfer war der englische Dampfer „Beyhall“, dessen Besatzung von 33 Mann ebenfalls an Bord der „Gerda“ gebracht wurde. Einige Stunden später ereilte den japanischen Dampfer „Taki Maru“ dasselbe Los. Hierauf erhielt die „Gerda“ Befehl, Finisterre anzulaufen. Dort wurden die verschiedenen Besatzungen gelandet, worauf die „Gerda“ selbst außerhalb der territorialen Gewässer von der Prisenbesatzung mit Bomben zum Sinken gebracht wurde. In zwei Tagen hatte das deutsche U-Boot zwölf Schiffe torpediert, darunter norwegische und portugiesische Fahrzeuge.

Die Taten der deutschen Hilfskreuzer.

„Progrès de Lyon“ meldet aus Rio de Janeiro: Ein deutsches Schiff vom Typ der „Möwe“ versenkte eine große Anzahl Schiffe. Der japanische Dampfer „Hudson Maru“, der die Besatzungen der versenkten Dampfer an Bord nehmen mußte, wurde von dem deutschen Fahrzeug gezwungen, bis zum 12. Januar in seinem Fahrwasser zu bleiben. Erst dann wurde „Hudson Maru“ gestattet, nach Pernambuco zu fahren, wo er am 15. Januar eintraf. Der Hafenkapitän von Pernambuco wurde benachrichtigt, daß die Mannschaften anderer versenkter Schiffe, 441 Mann, demnächst durch den Dampfer „Yarrowdale“ gelandet werden sollen. Der Dampfer „Théodore“, der von einem deutschen Schiff gekapert wurde, weil er bewaffnet war, werde ähnlich, wie die „Appam“ benutzt.

Reuter meldet aus Rio de Janeiro: Der Marineminister erklärte in einem Interview, daß der Dampfer „Hudson Maru“ als deutsches Schiff betrachtet und deshalb nicht interniert werden werde. Es werde als deutsche Prise dort bleiben.

Reutermeldung. Der amerikanische Konsul in Pernambuco meldet, daß die neun Amerikaner von der Besatzung des Dampfers „St. Théodore“; die hier von „Hudson Maru“ gelandet sind, wie die anderen Ueberlebenden sich wohl befänden.

Ein holländischer Dampfer nach Zeebrügge eingebracht.

Wolffs Bureau meldet aus Berlin: Unsere Torpedoboote brachten am 19. Januar den holländischen Postdampfer „Prins Hendrick“, von Vlissingen nach London bestimmt, zur Untersuchung nach Zeebrügge ein.

Wieder eine englische U-Bootsfalle unter neutraler Flagge.

Aus Berlin teilt WTB. mit: Am 12. Januar 1917 sichtete eines unserer Unterseeboote im englischen Kanal einen Dampfer und forderte ihn durch Signal auf, zu stoppen und ein Boot zu entsenden. Es wurden deutlich die dänischen Neutralitätsabzeichen und die dänische Flagge und die in großen, weißen Buchstaben aufgemalten Worte „Kai, Danmark“ erkannt. Nach geraumer Zeit wurde am Bug des Dampfers ein Ruderboot sichtbar. Der Unterseebootskommandant glaubte nunmehr, einen harmlosen dänischen Dampfer vor sich zu haben und näherte sich ihm. Plötzlich ließ der einige hundert Meter entfernte Dampfer seine Maskierung fallen. Die Planken vom achteren Ruderhaus fielen herab und es wurde ein Geschütz von 10 bis 15 Zentimeter-Kaliber sichtbar, über welchem die dänische Flagge wehen blieb. Gleichzeitig fielen aus mehreren bis dahin unsichtbar gebliebenen, an der Breitseite oder vorn aufgestellten Geschützen mehrere Schüsse, die in unmittelbarer Nähe des U-Bootes einschlugen. Es gelang diesem, durch schnelles Tauchen sich der Gefahr zu entziehen. Es ist inzwischen einwandfrei festgestellt worden, daß der — tatsächlich existierende — Dampfer „Kai“ bis zum 13. Januar 1917 (also einen Tag nach dem Vorfall) in dem englischen Hafen Sunderland gelegen hat. Es kann also keinem Zweifel unterliegen, daß es sich hier wieder um einen jener schamlosen Fälle gehandelt hat, in denen englische Dampfer als Unterseebootsfallen, neutrale Farben und Flaggen in gröbster Weise mißbrauchen, um ihre Geschütze gefahrlos auf deutsche in Ausübung des legitimen Handelskrieges begriffene Kriegsfahrzeuge zum Schuß zu bringen. Daß dieser Dampfer es nicht einmal für nötig gehalten hat, bei Eröffnung des Feuers die dänische Flagge herunterzuholen, sondern unter Wehen der dänischen Flagge geschossen hat, setzt der ganzen verbrecherischen Handlungsweise die Krone auf.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Auflage enthalten.)

Verkauf eines deutschen Dampfers.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus dem Haag: Der schwer beschädigte, auf der Themse liegende Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie „Prinz Adalbert“ (6030 Brutto-Register-Tonnen) wurde am Mittwoch zu 5000 Pfund Sterling ausgeboten. Nach lebhaftem Bieterkampf, an dem lediglich französische Reeder beteiligt waren, wurde das Schiff zum außerordentlich hohen Preise von 152 000 Pfund Sterling der Pariser Südatlantischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft zugeschlagen.

Die Schwierigkeiten des englischen Mannschaftsersatzes.

„Daily Chronicle“ meldet, daß die Mitteilung des Präsidenten des Ackerbauamtes Prothero, daß die Männer der Klasse 3 in Bataillone unter militärischem Kommando verteilt würden, um die zum Militärdienst einberufenen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft zu ersetzen, unter den Fachvereinigungen, besonders aber in der Fachvereinigung der Feldarbeiter, große Entrüstung hervorgerufen hat. Die Mitglieder dieser Vereinigung drohen mit drastischen Maßregeln, falls das Kriegsamt bei dem Beschluß bleibt.

In Westfolk (England) beschlossen die Landwirte, die Arbeit einzustellen, wenn die Einziehungen zum Militär weiter anhalten sollten. Von einer Produktionssteigerung könne um so weniger die Rede sein, als der Ackerbauminister den Bauern völlig unbrauchbare Ersatzarbeitskräfte sende.

Wie England die Neutralen behandelt.

Die Kopenhagener „National Tidende“ meldet aus Stockholm: Die Kriegsversicherungskommission teilt mit, daß England 1916 für 50 Millionen Kronen Waren, die für Schweden bestimmt waren, zurückhielt. Zum Jahreswechsel sei das Prisengerichtsurteil über diese noch nicht gefällt. Die Kriegsversicherungskommission schloß 1916 für über eineinhalb Millionen Kronen ab. Die Kriegsversicherungen zahlten im ganzen 14½ Millionen Kronen aus.

Amsterdamer Blätter melden, daß der holländische Dampfer „Westerdijk“ mit 4500 Tonnen Getreide für die niederländische Regierung schon 34 Tage in Stornoway liegt. Das Schiff mußten den Hafen wegen Kohlenmangels anlaufen. Man bedeutete dort dem Kapitän, daß er nur dann Kohlen bekommen könnte, wenn seine Reederei sich verpflichtete, 30 pZt. ihres Laderaums der englischen Regierung zur Verfügung zu stellen oder jedes ihrer Schiffe eine Reise für englische Rechnung machen zu lassen. Die Reederei konnte auf das Angebot nicht eingehen, weil ihre Schiffe von der niederländischen Regierung für die Getreideanfuhr requiriert sind. Reederei und Regierung unternahmen seitdem vergeblich alle möglichen Schritte, um den Dampfer freizubekommen. Die einzige Möglichkeit, das Schiff herauszubekommen wäre, es durch Schleppdampfer abholen zu lassen. Aber die Schleppdampferreedereien weigern sich aus Furcht vor englischen Repressalien, diese Arbeit zu übernehmen.

Auch ein Beitrag zur Nationalitätenfrage.

Im „Nieuwe Rotterd. Courant“ weist Professor Kohlbrugge darauf hin, daß die von der Entente auf das Programm geschriebene Lösung des Problems der Selbstbestimmung der Nationalitäten Folgen haben dürfte, über die sich die Ententemächte nicht ganz klar sind. So wird in Nordfrankreich bis Dünkirchen und Haazebrouk flamisch gesprochen. Trotzdem denkt Frankreich nicht daran, diese nördlichen Departements, zu denen St. Omer, Lille, Cambray und Valenciennes gehören, abzutreten. Bekanntlich wagte Frankreich 1870 nicht, Rekruten aus diesen Gemeinden gegen Deutschland ins Feld zu schicken, weil man fürchtete, daß sie zu den sprachverwandten Deutschen überlaufen würden, was in der Tat auch in großem Umfange geschehen ist. Die Alliierten, die für die staatliche Selbständigkeit der kleinen Völkerstämme eintreten, sollten die Gelegenheit wahrnehmen, die nordfranzösischen Flamen Belgien einzuverleiben, wohin sie gehören. Frankreich könnte sich an dem walonischen Belgien schadlos halten. Jetzt, wo man die Nachteile eines Pufferstaates erkannt hat, wäre es besser, Belgien aufzulösen und ein flamisches Königreich zu bilden, dann könnten die Walonen Frankreich, deutschsprechende und die luxemburgischen Belgier Deutschland angegliedert werden und die beiden großen Gegner Deutschland und Frankreich würden künftig eine sogenannte gemeinsame Grenzlinie haben.

Derartige Erörterungen haben eine Bedeutung insofern, als sie zeigen, welche Umgestaltungen die Landkarte erführe, wenn einfach nach dem Nationalitätsprinzip verfahren würde. Dabei läge der Fall mit den flamischen Gegenden Nordfrankreichs noch verhältnismäßig einfach, da die Bevölkerung wenig gemischt ist. Wie aber sollte die Grenzlinie gezogen werden in Bezirken, wo zwei oder mehr Nationalitäten im Gemenge leben?

Das Mißtrauen gegen Briand.

„Depêche de Lyon“ meldet aus Paris: Der für den Dekretantrag zuständige Kammerausschuß erörterte gestern die Grundzüge des Dekrets. Briand erklärte, es sei eine politische Notwendigkeit, sowohl für die Unabhängigkeit des Parlaments wie für die Handlungsfreiheit der Regierung, daß gewisse Probleme und Fragen von allgemeinem Interesse auf dem Wege des Erlasses gelöst werden. Der Ministerpräsident legte dem Ausschusse eine Aufstellung dieser Fragen vor, unter denen sich auch das Verbot des Alkoholgenusses befindet.

Der Ausschuß ließ in einer Mitteilung an die Presse erklären, daß gewisse Fragen, deren Regelung durch einen Erlaß Briand gefordert hatte, bereits durch bestehende Gesetze gelöst worden seien. Andere hätten nur nebensächliches Interesse, so die Herabsetzung der Altersgrenze für die Angestellten der großen Eisenbahnlinien. Der Ausschuß beauftragte den Berichterstatter, Abg. Violette, zu untersuchen, in welchem Maße für jedes einzelne der von Briand angeführten Projekte die bestehenden Gesetze ungenügend seien.

Briand wünscht keine Besprechung der Alliierten-Note an Wilson.

In der französischen Kammer erklärte Ministerpräsident Briand auf den Wunsch des Sozialisten Pressemane, die Regierung über die Antwort der Alliierten an Wilson zu interpellieren: In Beantwortung des loyalen Ersuchens der großen amerikanischen Nation haben wir den Grund, warum wir kämpfen, die Sühne, Wiedergutmachung und die Bürgschaft, welche wir verlangen, freimütig und einstimmig auseinandergesetzt und unsere Kriegsziele genannt. Was können wir mehr sagen; warum sollen wir in einen Meinungsaustausch eintreten, und Gefahr laufen, die Wirksamkeit eines Schriftstückes zu beeinträchtigen, wenn Freimut und Klarheit allen unabhängigen Ländern zum Bewußtsein gekommen ist. (Lebhafter Beifall.) Die Kammer vertagte die Besprechung der Interpellation auf unbestimmte Zeit mit 137 gegen 57 Stimmen.

Die Kammer setzte in Uebereinstimmung mit der Regierung